

Wenn nicht der Staat, wer dann?

Gemeinschaftspolizei als alternative Garantin der Sicherheit in Mexiko

www.oeku-buero.de

UNSICHERHEIT TROTZ STAAT

Gewalt ist in Lateinamerika alltäglich. Gemäß dem UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) ist Lateinamerika die Region mit den höchsten Mordraten der Welt. Eine Realität, die die Bevölkerung dieser Länder prägt. Der Staat ist verantwortlich für den Schutz des Lebens seiner Bürger*innen. Wenn aber über ein Drittel der Morde weltweit in diesen Ländern verübt werden, entsteht dadurch eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit.

reich sind, sie sind von der organisierten Kriminalität betroffen. In vielen Dörfern herrscht ein Gefühl der Unsicherheit. Diese Situation wird noch komplizierter, wenn auch staatliche Institutionen und Regierungen und im Fall Mexikos, mit der organisierten Kriminalität zusammenarbeiten.¹ Die Unsicherheit und die dadurch entstehende Verschlechterung der Lebensqualität sind Gründe für die Bevölkerung, sich zu organisieren, um selbst für ihre Sicherheit zu sorgen.

Der derzeitige Präsident Mexikos, Enrique Peña Nieto, hat für die Bekämpfung der Drogenkartelle die Strategie seines Vorgängers fortgeführt. Das Ergebnis ist, wie schon unter Calderón, dass der Drogenhandel nicht zurückgeht und die Zahl der Opfer dieser Gewalt immer weiter steigt. Fast alle Verbrechen bleiben strafflos, nur zwei Prozent werden aufgeklärt. Deswegen werden viele Verbrechen gar nicht erst angezeigt und zur Anklage gebracht.²

In diesem Kontext von Unsicherheit und Strafflosigkeit entstanden in den letzten beiden Jahrzehnten in mehreren Bundesstaaten Mexikos unterschiedliche Arten von Selbstverteidigungsgruppen. Die Motivation ist klar: Sobald Gemeindebewohner*innen bewusst wird, dass ihre Sicherheit durch den Staat nicht mehr garantiert wird und sie staatliche Behörden sogar als Bedrohung für ihre individuelle Sicherheit wahrnehmen müssen, suchen und organisieren sie anderwei-

gen Schutz vor den Übergriffen der organisierten Kriminalität oder des Staates.

Gemeinschaftspolizei in Bundesstaat Guerrero, Foto: Menschenrechtszentrum Tlachinollan

Drogenkrieg verstärkt Gewalt

Als der ehemalige Präsident Felipe Calderón (2006-2012) mit dem so genannten Drogenkrieg begann, stieg die Gewalt in Mexiko an. Die Kartelle wurden bekämpft und einige Bosse wurden festgenommen, dennoch haben sich die Drogendealer*innen und ihre Geschäfte verbreitet. Sie handeln nicht nur mit Drogen, sondern haben auch angefangen, Gemeindebewohner*innen zu entführen und Schutzgeld zu erpressen. Egal, ob die Menschen in einer Gemeinde arm oder

¹ Siehe zweiter Bericht der Expert*innenkommission (GIEI) für den Fall Ayotzinapa *Informe Ayotzinapa II. Avances y nuevas conclusiones sobre la investigación, búsqueda y atención a las víctimas*; Verfügbar unter: <https://www.oas.org/es/cidh/actividades/giei/giei-informeayotzinapa2.pdf>.

² Siehe Mexikanische Kommission für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte (CMDPDH). *Acceso a la justicia en México: La constante impunidad en casos de violaciones a derechos humanos. Informe presentado ante el Consejo de Derechos Humanos con motivo del Examen Periódico Universal de México*. Verfügbar unter: <http://www.cmdpdh.org/publicaciones-pdf/cmdpdh-acceso-a-la-justicia-en-mexico.pdf>

WAS IST EINE GEMEINSCHAFTSPOLIZEI?

Eine Gemeinschaftspolizei ist eine Gruppe von Bewohner*innen, die sich um die öffentliche Sicherheit speziell in indigenen Kommunen kümmert. Die Amtsträger*innen der Gemeinschaftspolizei werden von der kommunalen Versammlung gewählt. Diese bestimmt auch ihr Mandat. Die Gemeinschaftspolizist*innen sollen ihre Funktion zwei bis drei Jahre lang ausüben und werden speziell dafür ausgebildet.

Die Gemeinschaftspolizei übernimmt eine Aufgabe, die normalerweise Aufgabe des Staates ist. Sie ist legal und durch Artikel 2 der mexikanischen Verfassung legitimiert. Dieser Artikel sichert der indigenen Bevölkerung das Recht zu, ihre soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Organisation selbst zu bestimmen. Dazu gehört die Wahl einer eigenen Regierung ebenso wie das Recht, innere Konflikte gemäß traditioneller Sitten und Gebräuche zu lösen und alle Regeln ihrer Existenz selbst zu bestimmen. Ihre Praktiken sind uralte und von ihrer indigenen Struktur geprägt. ••

Diese spezifische Form von Regierung wird nicht nur auf gesamtstaatlicher Ebene, sondern auch in den Bundesstaaten und international anerkannt. Im Bundesstaat Guerrero erlaubt das Gesetz 701 die Präsenz der Gemeinschaftspolizei als selbstbestimmtes Sicherheitsorgan der indigenen Gemeinden. Außerdem erkennt die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die von der mexikanischen Regierung 1990 ratifiziert wurde, die Autonomie der indigenen Völker und die Selbstbestimmung ihrer Regierungsform an.

WAS IST KEINE GEMEINSCHAFTSPOLIZEI?

Nicht nur die Gemeinschaftspolizei in Mexiko versucht, die Sicherheit der Bewohner*innen zu gewährleisten. Es gibt auch andere Gruppen, die diese Aufgabe in unterschiedlichen Formen übernommen haben. So entstanden neben der Gemeinschaftspolizei auch Selbstverteidigungsgruppen. Diese bestehen aus bewaffneten Einwohner*innen, die sich gegen die organisierte Kriminalität und Übergriffe der Polizei verteidigen. Die Mitglieder dieser Gruppen werden nicht von der Gemeinde gewählt und müssen der Bevölkerung nicht Rede und Antwort stehen. Meistens haben diese Gruppen keine Normen oder Leitlinien für ihre Funktionen. Die Unterscheidung zwischen Gemeinschaftspolizei und Selbstverteidigungsgruppen ist nötig und wichtig, um die Reichweite und Legitimation derselben zu verstehen.

- Die kommunale Versammlung ist ein repräsentatives Organ, in dem die Mitglieder einer Gemeinschaft zusammenkommen, um Entscheidungen zu treffen. Jeder hat das Recht einer Vorwortmeldung, d.h. Jeder hat die Möglichkeit seine Meinung zu äußern und direkt für eine Entscheidung abzustimmen.
- Siehe Luis Hernández Navarro. *Kommunale Selbstverteidigung. Formen des bewaffneten Widerstandes gegen Mafia und Staat in Mexiko.*

DAS BEISPIEL DER GEMEINDE OLINALÁ, GUERRERO

Guerrero ist eines der ärmsten Bundesländer Mexikos: Hier leben sieben von zehn Personen in Armut. Das ist für Mexiko nicht ungewöhnlich, da fast die Hälfte der Bevölkerung arm ist. Gemäß der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe, Cepal*) verstößt der mexikanische Staat gegen die Verfassung, da er einen so niedrigen Mindestlohn zulässt, dass die Arbeiter*innen hungern müssen. Für Mexikaner*innen bedeutet arbeiten also nicht, dass sie genug verdienen, um zu essen und ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Diese wirtschaftliche Lage führt nicht nur zu schlechten Lebensbedingungen für die Menschen, sondern auch zu einer immer unsichereren Lage. Korruption, Drogenhandel und organisierte Kriminalität finden in Guerrero ein fruchtbares Feld. Daher ist es auch kein Zufall, dass dieses Bundesland die höchste Mordrate Mexikos hat.

Bereits vor gut 20 Jahren entstand im Bundesstaat Guerrero die Regionale Koordination der Gemeindeversammlungen – Gemeinschaftspolizei (*Coordinadora Regional de Autoridades Comunitarias Policía Comunitaria, CRAC-PC*). Mit der Zeit gründeten sich diese Gruppen auch in anderen Regionen Mexikos, vor allem in den indigenen Gebieten.

Die Gemeinschaftspolizei von Olinalá, einer Gemeinde in der Region La Montaña in Guerrero, ist Teil dieser Koordination. Nestora Salgado war ihre Kommandantin.

Armut und Unsicherheit zwangen Nestora Salgado in ihrer Jugend Guerrero zu verlassen und in die USA zu migrieren. Nach dreizehn Jahren und mittlerweile US-amerikanische Staatsbürgerin entschied sie sich, in ihre Heimat zurückzukehren, um sich dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen, korrupte Politiker*innen und kriminelle Banden in den Bergen von Guerrero anzuschließen.

Seit ihrer Rückkehr engagierte sie sich in der Gemeinde Olinalá. Sie unterstützte die ärmsten Bewohner*innen mit Kleidung und Nahrungsmitteln. In dieser Zeit wuchsen in Guerrero die Unsicherheit und die organisierte Kriminalität, was zu Entführungen und Erpressungen führte. Am 27. Oktober 2012 beschloss die Gemeindeversammlung von Olinalá deshalb eine Gemeinschaftspolizei zu gründen. Anfang 2013 nahm sie ihre Arbeit auf und wurde zunächst durch den Gouverneur Ángel Aguirre mit Geld und einem Pick-Up unterstützt. Am 18. Mai 2013 trat Olinalá der Regionalen Koordination der Gemeindeautoritäten (CRAC) bei. Nestora Salgado wurde zur Koordinatorin gewählt.

Einen Monat später ereignete sich ein Vorfall, der sie ins Gefängnis bringen sollte: Sie wurde mit falschen Beweisen der Entführung zweier Jugendlicher beschuldigt. Am 21. August 2013 wurde sie festgenommen und anschließend im Hochsicherheitsgefängnis Nayarit in fast vollständiger Isolation gefangen gehalten. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierungen erklärte sie zur politischen Gefangenen. Nach zwei Jahren und sieben Monaten wurde Nestora am 18. März 2016 für unschuldig erklärt und entlassen. Trotzdem laufen einige Verfahren gegen sie, so dass sie nicht nach Mexiko zurückkehren kann und jetzt wieder in den USA wohnt.

INTERVIEW MIT NESTORA SALGADO, EHEMALIGE KOMMANDANTIN DER GEMEINDEPOLIZEI IN OLINALÁ

Nestora, warum wurdest du festgenommen?

Der Grund war wohl meine Arbeit in der Gemeinschaftspolizei, da wir mit unseren Ideen und Aktionen unsere Region in Olinalá revolutioniert und die Menschen in der Gemeinde gestärkt haben. Deshalb sind wir ein unangenehmer Bundesstaat für die mexikanische Regierung. Es war nicht einfach, verfolgt und als einzige Frau der Gemeinschaftspolizei Olinalá gefangen genommen zu werden. Alle anderen Frauen der Gemeinschaftspolizei haben weitergearbeitet und nur ich wurde inhaftiert. Diese Aktion war also direkt gegen mich gerichtet.

Von August 2014 bis Dezember 2015 hat die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen fünf offizielle Stellungnahmen veröffentlicht, in denen sie willkürliche Inhaftierungen durch mexikanische staatliche Sicherheitskräfte beschreibt. Betroffen sind Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, mehrheitlich indigene Personen. Nur zwei dieser Personen wurden bis jetzt freigelassen. Eine davon bist du... Welche Faktoren waren entscheidend, um Dich freizulassen?

Ich denke, der Hauptgrund war, dass sich viele Kollektive, Organisationen und Personen in der ganzen Welt zusammengetan, demonstriert und meine Freilassung gefordert haben. Ich glaube, dass diese Kampagnen einen großen Beitrag dazu geleistet haben, meinen Fall öffentlich zu machen. Diese Initiativen brauchen wir auch, um die Freilassung der anderen politischen Gefangenen zu erreichen. Wir organisieren gerade eine Kampagne, um die Fälle dieser politischen Gefangenen publik zu machen.

Auch die anderen drei Fälle, für die es eine UN-Stellungnahme gibt, sollte man öffentlich machen. Denn trotz der UN-Resolution bleiben diese Personen für viele Organisationen und Kollektive unbekannt. Deshalb ist es wichtig, über diese Erfahrungen zu sprechen. In meinem Fall hatten wir viele Beweise, die gezeigt haben, dass die Regierung die Delikte gegen mich erfunden hat. Das zeigt auch, dass es ein Muster gibt, nach dem diese Personen beschuldigt und kriminalisiert werden. Die Erfindung von Delikten ist ein Teil dieses Musters, das die Regierung benutzt, um die Gefangenen zu hindern, sich vor falscher Anschuldigungen zu schützen. Außerdem haben wir als Gefangene keinen Zugang zum normalen Rechtsweg. Das ist eine Verletzung unserer Rechte. Obwohl wir unschuldig im Gefängnis sind, haben wir nicht die Möglichkeit, uns zu rechtfertigen. Ich stand zum Beispiel nie vor Gericht. Und so wird es auch in den anderen Fällen sein.

Warum sind die Gemeinschaftspolizeien ständig von der organisierten Kriminalität und der Regierung bedroht?

Wir ermutigen die Gemeinden ihre Sitten und Bräuche zu bestimmen, ihre eigene Regierungsform zu realisieren und ihre Autonomie auszuüben. Wir fördern diese Grundsteine, um einen echten Wandel in der Gesellschaft mit der Organisation der indigenen Völker zu erreichen. Das ist die Stärke der Gemeinschaftspolizei in Olinalá. Der

„Wir ermutigen die Gemeinden ihre Sitten und Bräuche zu bestimmen, ihre eigene Regierungsform zu realisieren und ihre Autonomie auszuüben. Wir fördern diese Grundsteine, um einen echten Wandel in der Gesellschaft mit der Organisation der indigenen Völker zu erreichen.“ Nestora Salgado, Foto: Menschenrechtszentrum Tlachinollan

Staat sieht diese Veränderungen als Bedrohung, da wir ihn mit einer Idee von Demokratie konfrontieren. Wir zeigen, was Demokratie bedeutet, indem wir mit den indigenen Gemeinden arbeiten und diese für sich selbst entscheiden. Und das allein ist schon unangenehm für die Regierung. Aber wir wollen nur unsere Rechte wiedererlangen: unser Recht auf Leben, Bildung, Gesundheit, und Freiheit. Es ist undenkbar, dass wir in unserer eigenen Gemeinde nicht in Freiheit leben können. Wir müssen für unsere Freiheit kämpfen, diese Freiheit, für die viele gestorben sind. Deswegen werden wir weiter kämpfen. Und ich denke, wenn wir weiter kämpfen, werden wir immer eine Gefahr für eine korrupte Regierung darstellen. Diese Regierung arbeitet mit der organisierten Kriminalität zusammen, was Korruption durch und durch bedeutet.

Am 25.11.2016 wurde Irineo Salmerón tot aufgefunden. Er war Koordinator einer Abteilung der Regionalen Koordination der Gemeindeversammlungen (CRAC-PC), bei der auch die Gemeinschaftspolizei Olinalá Mitglied ist. Neben seiner Leiche wurde eine Botschaft gefunden, die klar belegt, dass Menschenrechtsverteidiger*innen, Student*innen, Journalist*innen und Gemeinschaftspolizist*innen in Guerrero bedroht sind.

Warum ist deiner Meinung nach Guerrero ein unangenehmer Bundesstaat für die mexikanische Regierung?

Ich glaube, dass die Botschaft, die die Mörder von Irineo Salmerón gesandt haben, gefährlich und deshalb ernst zu nehmen ist. Dieser Mord zeigt, dass wir uns von der organisierten Kriminalität nicht haben einschüchtern lassen. Die Mörder*innen haben mit dem Mord deutlich gemacht, dass sie uns angegriffen haben, weil wir gegen sie arbeiten. In diesem Fall sehen wir direkt die Bedrohung durch den Staat. Dieser Mord ist kein Einzelfall. Als die organisierte Kriminalität unseren Gefährten verschwinden ließ, war diese Region voller Polizei, Armee, Marine und Militär. Wie war es möglich, dass eine solche kriminelle bewaffnete Gruppe entstehen konnte? Es ist eigentlich unmöglich! Ich kenne

„Ich fordere, dass die Rechte der indigenen Völker und Gemeinden nicht nur auf dem Papier anerkannt und respektiert werden.“

Ich kritisiere das Vorhaben der Regierung von Guerrero, das Gesetz 701, das die Rechte der indigenen Völker und Gemeinden in Guerrero sichert, rückgängig zu machen.

Ich fordere, dass die Resolutionen der UNO-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Verhaftungen und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) respektiert werden. Beide beschreiben meine Verhaftung und meine Behandlung im Hochsicherheitsgefängnis als willkürlich, illegal und unmenschlich.“

Nestora Salgado



Nestora Salgado, Exkommandantin der Gemeinschaftspolizei in Olinalá, Guerrero; Foto: Öku-Büro

den Militärcheckpoint. Dort durchsuchen sie dich bis auf's Hemd. Es ist also unmöglich, dass diese bewaffnete Gruppe durchgekommen ist, ohne dass die Regierung etwas davon wusste oder gesehen hat. Das Militär hat das alles vertuscht.

Wir wissen nun, woher „der Pfeil“ kommt, wie wir in Guerrero sagen: Er kommt direkt von der Regierung. Das heißt, die Bedrohungen kommen von der Regierung. Der Gouverneur von Guerrero sagt, dass er alle Macht gegen die Gemeinschaftspolizeien investieren wird. Sie behandeln uns, die Gemeinschaftspolizei, als ob wir „guerrilleros“ und bewaffnete Gruppen wären. Wir sind jedoch eine Gemeindeinstitutionen, wir sind die Gemeinschaftspolizei, deren Existenz durch das Gesetz 701 des Bundesstaates Guerrero legitimiert ist.

Aber am wichtigsten ist, dass uns die Gemeinde unterstützt und anerkennt. Die indigenen Völker haben das Recht, ihre eigene Autonomie und Regierungsform zu bestimmen. Aus diesem Grunde ist die Androhung des Gouverneurs, die Gemeinschaftspolizei aufzulösen, eine Provokation. Ich muss noch einmal ganz klar sagen: Die Gemeinschaftspolizei ist keine bewaffnete Gruppe! Das Gesetz 701 des Bundesstaates Guerrero, der Artikel 2a der mexikanischen Verfassung und andere internationale Konventionen garantieren unsere Rechte als Gemeinschaftspolizei. Wir sind nicht illegal und nicht irgendwelche bewaffneten Gruppen. Wir haben einen Namen: Gemeinschaftspolizei.

Interview: Cristina Valdivia, Öku-Büro, 30. November 2016

LINKS ZU WEITERFÜHRENDEN INFORMATIONEN:

Bickel, Ulrike. Mindestlöhne in Mexiko weiterhin unter der Armutsgrenze. <https://amerika21.de/2016/10/162262/mexiko-armut-mindestlohn-cepal>

Hernández Navarro, Luis. Guerrero, muerte sin fin. Verfügbar unter: <http://www.jornada.unam.mx/2016/12/20/politica/015a2pol>

Hernández Navarro, Luis. Kommunale Selbstverteidigung. Formen des bewaffneten Widerstandes gegen Mafia und Staat in Mexiko. Unrast Verlag 1. Auflage, März 2016, 295 Seiten

United Nations Office in Drugs and Crime. Global STUDY on Homicide. Verfügbar unter: <https://www.unodc.org/gsh/>